

Biden: Keine Entscheidung zu präventiven Begnadigungen getroffen

Präsident Biden kündigt an, dass er noch keine Entscheidung über vorzeitige Gnadenakte getroffen hat, warnt Trump vor Vergeltungsmaßnahmen. Ein Blick auf mögliche rechtliche Schritte und die Zukunft.

Präsident Joe Biden erklärte, dass er vor seinem Auszug aus dem Amt keine Entscheidung über präventive Begnadigungen getroffen habe. Damit bleibt die Möglichkeit für einen beispiellosen Schritt offen, um einige seiner Verbündeten zu schützen, während er den designierten Präsidenten Donald Trump davor warnte, „Rechnungen zu begleichen“.

Diskussion über präventive Begnadigungen

Wie CNN zuvor berichtete, diskutieren hochrangige Berater des Weißen Hauses sowie Verteidiger in Washington, D.C., mögliche präventive Begnadigungen oder rechtliche Unterstützung für Personen, die möglicherweise von Trump verfolgt werden, sobald er die Macht zurückgewinnt. Dies geht aus mehreren Quellen hervor.

Interview mit USA Today

In einem **Interview** mit Susan Page von USA Today, das am Mittwoch veröffentlicht wurde, bestätigte Biden, dass er der Idee offen gegenüberstehe, aber eine Entscheidung noch nicht getroffen sei.

Biden warnt Trump

Biden berichtete, dass er Trump während ihres Treffens im Oval Office nach dessen Wahlsieg im November mitteilte, es sei „nicht nötig und gegen seine Interessen, zurückzugehen und Rechnungen zu begleichen“. Biden deutete an, dass Trump darauf nicht reagierte.

Entscheidung über die Begnadigung seines Sohnes

Zusätzlich verteidigte der Präsident seine Entscheidung, seinem Sohn Hunter Biden zu vergeben, während Fragen über den Präzedenzfall, den dieser Schritt für seine Nachfolger setzt, aufkamen. „Ich meinte, was ich gesagt habe, als ich gefragt wurde, ob ich meinen Sohn begnadigen würde“, erklärte Biden und verwies auf frühere öffentliche Aussagen, dass er dies nicht tun würde.

Umfassende Begnadigung für Hunter Biden

Hunter Biden wurde im letzten Monat wegen seiner Steuer- und Waffenvergehen begnadigt sowie für alle möglichen bundesstaatlichen Vergehen, die er „vom 1. Januar 2014 bis zum 1. Dezember 2024“ begangen haben könnte, wie im Begnadigungsdokument festgehalten.

Biden kritisiert seinen Vorgänger

Biden äußerte auch implizite und explizite Kritik an seinem Vorgänger und möglichen Nachfolger während des 55-minütigen Interviews. Er zeigte sich besorgt über Fehlinformationen und verwies auf Trumps **offensichtlich irreführenden** Aussagen nach den Neujahrsangriffen in New Orleans und Las Vegas, die von einzelnen amerikanischen Staatsbürgern begangen wurden.

Die Herausforderung der Falschinformationen

„Der Präsident kommt also, bald wieder Präsident, und sagt: ‚Es ist klar, es ist eine Invasion aus dem Süden. All diese Einwanderer verursachen all diese Probleme.‘ Ich wette, dass 70% der Leute, die das lesen, daran glauben. Wie geht man damit um?“ fragte er.

Ausblick auf Trumps mögliche Änderungen

Biden warnte, dass Trump ein „Problem“ haben würde, wenn er versuche, einige seiner markantesten Gesetzgebungsleistungen zurückzunehmen, und verwies auf die Unterstützung der Konservativen für einige wichtige Bestimmungen. „Ich weiß nicht, wie er kommt und diese Investitionen abschafft. Ich denke, er könnte sie durcheinanderbringen, indem er auf mehr Steuersenkungen für Reiche besteht“, so Biden vorausblickend.

Angst vor Rückschritten

Er ergänzte, dass falls Trump seine geplanten Schritte bezüglich Steuersenkungen und Zöllen umsetzt und Programme wie das Infrastrukturgesetz oder Gesetze zur Klima-, Gesundheits- und Steuerreform abschafft, „ich denke, er wird sich selbst und die Wirtschaft schädigen“. „Meine größte Angst ist, dass er versucht, vielleicht sogar erfolgreich, die Elemente des Klimagesetzes zu beseitigen“, sagte Biden und bedauerte mögliche Kürzungen bei Infrastrukturprojekten.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at